

Unser

**Antragsbuch
zum Landesparteitag
in Hofheim**

am 18. November 2017

**Freie
Demokraten**

Hessen **FDP**

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 1

Inhaltsverzeichnis

Entwurf Leitantrag – Stand: Mitgliederbeteiligung	
Entwurf L001	Hessen 2030: Innovativ, kreativ, digital. Landesvorstand
Satzungsänderungsanträge	
S001	Änderung der Landesgeschäftsordnung / Antragsrecht Liberaler Mittelstand Jürgen Lenders, Till Mansmann, Dr. Thorsten Lieb, Moritz Promny, Dr. Stefan Naas und Dr. Stefan Ruppert
Anträge Landesparteitag Hofheim 2017	
001	Beste Bildung und Chancengerechtigkeit für Hessens Schülerinnen und Schüler - Vertrauen in die Schulen und unsere Lehrerinnen und Lehrer LFA Schule
002	“Vernünftige Energiepolitik“, entsprechend dem Punkt 6 des Beschlusses des außerordentlichen Bundesparteitags der FDP vom 17. Juli 2017 Kreisverband Marburg-Biedenkopf
003	Unser Meisterplan – Weil Ausbildung sich auszahlt Junge Liberale Hessen
004	Keine Transferunion Kreisverband Offenbach-Land
005	Europäische Bankenaufsicht nach Frankfurt am Main holen Dr. Thorsten Lieb, Michael Bross, Sebastian Papke, Yanki Pürsün, Brigitte Reifschneider Groß, Arndt-Philipp Seeger, Hans-Joachim Otto
006	Für einen Neustart in Europa Kreisverband Frankfurt am Main
007	Weg mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz - Offene, faire und gesellschaftlich breite Debatte und Dialog aller Beteiligten statt gesetzgeberischer Schnellschuss Kreisverband Frankfurt am Main

Debatte zum Leitantrag im Vorfeld des Landesparteitags

Seite 2

Antrag Entwurf-L001

Verfahrenshinweis

Im Landesvorstand wurde ohne nähere inhaltliche Befassung beschlossen, den Antragsentwurf des Leitantrags im Vorfeld des Landesparteitags am 18. November in die Mitgliederbeteiligung auf "meine-freiheit" zu geben. Der Antragsentwurf wurde ebenfalls an zahlreiche Verbände mit der Bitte um inhaltliches Feedback versandt. Nach Beendigung der Mitgliederbeteiligung am Sonntag, dem 12. November wird der Leitantrag durch den Landesvorstand final abgestimmt und in der geänderten Fassung in den Landesparteitag als Leitantrag eingebracht.

Betr.: Hessen 2030: Innovativ, kreativ, digital.

Antragsteller: Landesvorstand

- 1 Die digitale Revolution verändert unser Leben, unsere Arbeit, unsere Wirtschaft. Wir
- 2 wollen dafür arbeiten, dass die Menschen in Hessen die sich daraus ergebenden
- 3 Chancen beherzt ergreifen können. Wir wollen Hessen zum Fortschrittsbeschleuniger und
- 4 Innovationsführer machen, damit wir in Hessen Trends aktiv mitgestalten, anstatt
- 5 hinterher zu laufen. Unser Land soll ein Zuhause für kreative und leistungsbereite
- 6 Menschen werden, gleich welche Herkunft sie haben.

- 7 Wir wollen Gründern und Start-ups den Weg freimachen, damit sie ihre Ideen zum Erfolg
- 8 führen können. Wir wollen Selbstständige, Handwerker und Mittelständler unterstützen,
- 9 damit sie im digitalen Zeitalter noch erfolgreicher werden. Wir wollen die hessische
- 10 Industrie fit für 4.0 machen, denn eine starke industrielle Basis ist die Voraussetzung, um
- 11 auch in Zukunft vorne mitzuspielen.

- 12 Mit dem internationalen Finanzplatz, dem Flughafen Frankfurt und dem DE-CIX
- 13 Internetknoten verfügen die Rhein-Main-Region und Hessen über exzellente
- 14 Standortvorteile, die wir noch stärker zur Geltung bringen wollen.

- 15 Wir wollen Kreativität und Innovationsfreude fördern, zum Experimentieren ermutigen und
- 16 sehen im Scheitern auch immer eine Chance, für die Zukunft zu lernen. Wir sagen den
- 17 Mutigen, dass wir auf ihrer Seite stehen und wir sagen denen, die bereit sind Risiken
- 18 einzugehen, dass sie Respekt verdient haben. Wir wollen die Gründerkultur in Hessen
- 19 schon in der Schule und Hochschule fördern, weil sie entscheidet, ob eine gute Idee nur
- 20 eine gute Idee bleibt oder aus einer guten Ideen ein erfolgreiches Unternehmen wird, das
- 21 Arbeitsplätze schafft und vielen anderen Menschen Perspektiven bietet.

- 22 In der digitalen Welt arbeiten wir nicht uniformiert an immer den gleichen Dingen mit
- 23 immer den gleichen Abläufen. Wir wollen Beschäftigte und Unternehmen deshalb zu
- 24 neuen Arbeitsweisen ermutigen, in denen Zusammenarbeit, Teilhabe und Mitbestimmung

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 3

25 eine neue Bedeutung erlangen. „New Work“ bedeutet Kreativität, Freiräume,
26 Selbstverantwortung und dezentrales Arbeiten zuzulassen, weil das die
27 Grundbedingungen für Innovationen sind. Unternehmen, die Führung auf Augenhöhe,
28 flache Hierarchien und Kollaboration über Abteilungsgrenzen hinaus praktizieren,
29 gewinnen die besten Mitarbeiter für sich.

30 Die bestehenden arbeitsrechtlichen Vorschriften schränken in vielen Bereichen die
31 Flexibilität für Beschäftigte und Unternehmen ein und müssen deshalb auf den Prüfstand
32 gestellt werden. Klar ist für uns aber auch, dass das Überforderungsverbot weiter gelten
33 muss. Mehr Flexibilität soll und darf nicht zu Missbrauch führen.

34 In der digitalen Welt entstehen neue Berufe und Qualifikationsanforderungen. Wir wollen
35 deshalb die berufliche Ausbildung und Qualifikation stärker auf die Erfordernisse der
36 Zukunft einstellen, d.h. mehr Flexibilität und eine stärkere Orientierung auf Fähigkeiten
37 und Fertigkeiten.

38 Für uns ist die Vielfalt Hessens eine Stärke. Wir wollen die Chancen des international
39 geprägten Wirtschaftsraums Frankfurt-RheinMain mit den Qualitäten unserer ländlichen
40 Regionen verbinden. Hessen 4.0 soll im Odenwald genauso gelebt werden wie in
41 Wiesbaden, Offenbach, Limburg oder Eschwege.

42 Wir wollen eine Aufbruchsstimmung erzeugen und junge Menschen ermutigen,
43 Verantwortung zu übernehmen und in Hessen ihre Zukunft zu gestalten. Wir wollen die
44 besten Köpfe nach Hessen holen, weil Kreativität und Können nicht an bürokratischen
45 Schranken scheitern darf.

46 **Digitale Infrastruktur**

47 Die Basis für den Erfolg in der Zukunft ist die Leistungsfähigkeit unserer digitalen
48 Infrastruktur. Die Autobahnen des 21. Jahrhunderts sind aus Glasfaser. Deshalb hat der
49 Ausbau des Glasfasernetzes für uns höchste Priorität. Das Gigabitnetz ist das Netz der
50 Zukunft, denn Glasfaser schlägt Kupferkabel. Dabei sind uns Technikneutralität und fairer
51 Wettbewerb wichtig.

52 Wir wollen die WLAN-Versorgung im öffentlichen Bereich ausbauen. Dabei sollen
53 öffentliche Gebäude, Plätze und Bushaltestellen einbezogen werden. Alle S-Bahnen und
54 Regionalzüge sollen mit WLAN ausgestattet werden.

55 Wir wollen die nervigen Lücken im bestehenden Mobilfunknetz schließen. Das mobile
56 Netz der Zukunft heißt 5G. Hessen soll beim europäischen 5G-Rollout von Anfang an
57 dabei sein.

58 Frankfurt ist der Digital HUB Europas. Hier ist mit dem DE-CIX der leistungsstärkste
59 Internetknoten der Welt zu Hause. Im Umfeld des DE-CIX siedeln sich immer mehr
60 Rechenzentren an. Rechenzentren sind die Stahlwerke des 21. Jahrhunderts. Sie erst
61 machen Zukunftstechnologien wie cloudbasierte Anwendungen, Big Data, Blockchain,

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 4

62 Künstliche Intelligenz und autonom gesteuerte Mobilität möglich. Jährlich investiert die
63 Branche rund 200 Millionen Euro am Standort Frankfurt-RheinMain. Rechenzentren
64 gehören schon heute zu den größten Gewerbesteuerzahlern der Region.

65 Um den Digital HUB zu stärken, wollen wir mit den Partnern aus der Wirtschaft einen
66 Masterplan auflegen, um die weitere Entwicklung sicherzustellen. Dabei stehen die
67 Stromversorgung, Datensicherheit und die Gewinnung geeigneter Flächen im Fokus. Um
68 die Ressourcen optimal zu bündeln, wollen wir Tech-Quartiere entwickeln, in denen
69 Rechenzentren und IT-Infrastruktur konzentriert werden können. Leider sind hohe
70 Strompreise und sinkende Netzstabilität ein Entwicklungshemmnis für den Digital HUB.
71 Auch deshalb wollen wir das EEG abschaffen und mit wettbewerbsfähigen Energiekosten
72 Zukunftstechnologien in Hessen voranbringen.

73 **Gründerkultur fördern**

74 Viele Innovationen entstehen durch die Gründung eines Unternehmens. Wir wollen
75 Gründungen und Betriebsübernahmen erleichtern. Dazu gehört die Förderung einer
76 echten Gründerkultur. Scheitern darf kein Stigma mehr sein. Jeder soll die Chance auf
77 einen Neuanfang haben. Gründen braucht Mut, Dinge auszuprobieren und setzt die
78 Bereitschaft voraus, Risiken einzugehen. Wir wollen diesen Geist in den Schulen und
79 Hochschulen fördern, damit Schüler und Studenten erfahren, dass Gründen und
80 Selbstständigkeit eine Chance für jeden sein können, egal ob es um die Gründung eines
81 Start-ups oder die Übernahme eines Handwerksbetriebes geht. Dazu gehört vor allen
82 Dingen, dass die ökonomische Bildung in den Lehrplänen gestärkt und der Kontakt
83 zwischen Schule und Wirtschaft intensiviert wird.

84 Viele Studenten, Absolventen und Mitarbeiter an Forschungseinrichtungen haben tolle
85 Ideen und besitzen viel Know-how. Durch Einführung eines hessischen
86 Gründerstipendiums wollen wir ihnen die Möglichkeit bieten, ihre Potentiale leichter
87 umzusetzen und sie ermutigen, ihre Ideen auch umzusetzen. Die Vergabe eines Startup-
88 Stipendiums kann in einem wettbewerblichen Verfahren durch erfahrene und dezentral
89 agierende Institutionen wie Inkubatoren, Akzeleratoren oder Technologiegründerzentren
90 zielgerichtet erfolgen.

91 **Gründerfinanzierung und Betriebsübergabe**

92 Wir wollen, dass gute Ideen nicht an der fehlenden Finanzierung scheitern. Deshalb
93 sollen die Instrumente der Wirtschaftsförderung stärker auf die Bedürfnisse von Gründern
94 ausgerichtet werden. Viele erfolgreiche Unternehmer werden in den nächsten Jahren
95 altersbedingt ihre Betriebe aufgeben. Um einen erfolgreichen Betriebsübergang zu
96 ermöglichen und Arbeitsplätze zu erhalten, wollen wir dafür ein spezielles
97 Förderprogramm auflegen.

98 In der Digitalwirtschaft spielen Start-ups eine zentrale Rolle. Sie treiben Veränderung an,
99 bringen innovative Technologien und neue Geschäftsmodelle hervor. Sie verändern auch

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 5

100 die Unternehmenskultur durch mehr Raum für kreative Ideen, Individualität und Teilhabe
101 der Mitarbeiter an Entscheidungsprozessen.

102 Bisher gehört Hessen nicht zu den führenden Start-up-Regionen. Das wollen wir ändern.
103 Die Finanzierungsbedingungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Wir wollen einen
104 landeseigenen Risikokapital-Fonds auflegen, der sich gezielt an technologieorientierte
105 Gründungen richtet und bis zu einer Grenze von 10 Millionen Euro für jeden Euro, der
106 privat investiert wird, die gleiche Summe an öffentlichem Wagniskapital bereitstellt. Der
107 Fonds soll revolving ausgelegt werden, so dass Erträge in neue Beteiligungen fließen.
108 Auf diese Weise könnte das Fondsvolumen in einem überschaubaren Zeitraum auf ein
109 Niveau von 50 bis 100 Millionen Euro ansteigen.

110 Um eine transparente Plattform für die Wachstumsfinanzierung von Start-ups zu schaffen,
111 soll an der Deutschen Börse ein spezielles Handelssegment etabliert werden. Das
112 erleichtert Kapitalgebern aussichtsreiche Gründer zu identifizieren und verschafft Start-
113 ups die Möglichkeit sich in den entscheidenden Wachstumsphasen zu finanzieren.

114 Bei der Finanzierung innovativer Geschäftsideen nehmen private Wagniskapitalgeber
115 eine Schlüsselrolle ein. Insbesondere in der Internet- und Biotech-Branche sind sie nicht
116 selten der einzige Anlaufpunkt für kreative Köpfe, wenn es um finanzielle Unterstützung
117 für ihre Ideen geht. Banken fallen – nicht zuletzt auch wegen verschärfter Anforderungen
118 durch die Aufsicht – hier oftmals als Kreditgeber aus. Auf der anderen Seite steigt auf
119 Grund des demografischen Wandels und des historischen Zinstiefs für institutionelle
120 Anleger wie Versicherungen und Pensionsfonds die Bedeutung von Wagniskapital als
121 Anlageklasse.

122 In Deutschland werden rund 0,02% des Bruttoinlandsproduktes dem Wagniskapitalmarkt
123 zur Verfügung gestellt. Zum Vergleich: In den USA werden – gemessen an der
124 Wirtschaftskraft – fast das zehnfache (0,17%) und in Israel fast das 20-fache investiert.
125 Diese Zahlen machen deutlich, dass die Voraussetzungen für Wagniskapital in
126 Deutschland verbessert werden müssen

127 Aus Sicht der FDP ist es nicht Aufgabe des Staates, dauerhaft Innovationslasten zu
128 tragen. Der Staat ist gefordert, das Engagement privater Investoren zu fördern. Er tut dies
129 am besten, indem er steuerliche Anreize sowie einen angemessenen regulatorischen
130 Rahmen für Wagniskapitalgeber schafft. Das von Schwarz-Rot auf Bundesebene lange
131 versprochene Venture-Capital-Gesetz muss endlich die steuerlichen
132 Rahmenbedingungen für Wagniskapital in Deutschland verbessern. Vorrangig soll die
133 Substanzbesteuerung abgebaut werden, die derzeit zum Beispiel bei den
134 Hinzurechnungsvorschriften in der Gewerbesteuer vorliegt. Der Untergang des
135 Verlustvortrages bei Anteilseignerwechsel darf nur auf Missbrauchsfälle angewandt
136 werden.

137 **Digitale Schlüsseltechnologien**

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 6

138 Digitalisierung ist mehr als bestehende Prozesse von analog auf digital umzustellen.
139 Digitalisierung heißt die Dinge neu zu denken, völlig neue Lösungen und Systeme zu
140 finden, um Aufgaben zu realisieren.

141 Anstatt mit der Gießkanne Digitalisierungsprojekte zu fördern, wollen wir klare
142 Schwerpunkte setzen und gezielt digitale Schlüsseltechnologien fördern. Zu diesen
143 Schlüsseltechnologien gehören Cloudtechnologien, Big Data, Blockchain und Künstliche
144 Intelligenz (KI). Sie finden in unterschiedlichsten Branchen und Kontexten Anwendung
145 und bieten für die hessische Wirtschaft und für die öffentliche Verwaltung große Chancen.

146 **Center of Innovation**

147 Um innovative Entwicklungen auch außerhalb der Ballungsräume zu unterstützen, wollen
148 wir regionale „Center of Innovation“ als Leuchttürme der Digitalisierung etablieren.

149 Hier sollen Gründer, Entwicklungsteams von Unternehmen und Projektteams von
150 Hochschulen unter einem Dach zusammenarbeiten können. Auch die
151 Digitalisierungsberatung des Handwerks kann hier angegliedert werden. Die Center sollen
152 außerdem digitale Lernumgebungen für Schulen und insbesondere Berufsschulen zur
153 Verfügung stellen und Anlaufpunkt für die digitale berufliche Weiterbildung von
154 Beschäftigten sein. In den Center of Innovation soll über die klassischen Grenzen hinweg
155 gelernt, geforscht und gearbeitet werden. Sie sind für den Auszubildenden genauso offen
156 wie für einen erfahrenen Facharbeiter, der eine neue Programmiersprache für vernetzte
157 Industriemaschinen lernt, oder für eine Studentin, die an einem Projekt mit
158 selbstlernenden Sensoren für Fahrzeuge arbeitet.

159 Die Center sollen drei Säulen vereinigen: die Förderung von Gründern und Spin-Offs aus
160 dem Umfeld von Hochschulen (1. Säule), die Unterstützung von etablierten KMUs bei der
161 Umsetzung digitaler Prozesse und Technologien (2. Säule) und die Integration digitaler
162 Themen in die berufsorientierte Aus- und Weiterbildung (3. Säule). Damit wollen wir auch
163 jungen Menschen außerhalb der Ballungsräume Zukunftsperspektiven aufzeigen.

164 **Weniger Bürokratie, mehr Freiraum**

165 Die bürokratischen Anforderungen für Gründer und Unternehmen wollen wir auf ein
166 Mindestmaß reduzieren. Der Kontakt zwischen Gründern, Unternehmen und Behörden
167 soll im Sinne des One-Stop-Shops-Prinzips gestaltet werden, so dass Anträge, Formulare
168 und Daten nur einmal digital erfasst werden. Das spart Zeitaufwand und Kosten für
169 Unternehmen und für die öffentliche Hand.

170 Das Instrument des Einheitlichen Ansprechpartners als Lotsen durch die öffentliche
171 Verwaltung wollen wir stärken. Wir wollen außerdem prüfen, ob Unternehmen und
172 Selbständige einen Teil ihrer Kosten für die Zusammenstellung von statistischen
173 Informationen von der öffentlichen Hand vergütet bekommen können (Bürokratie-Prämie).

174 **Finanzplatz 4.0**

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 7

175 Frankfurt gehört mit dem Sitz der EZB zu den führenden Finanz- und Handelszentren der
176 Welt. Wir wollen diese Stellung stärken. Für uns hat deshalb der Erhalt der Deutschen
177 Börse mit Sitz in Hessen größte Bedeutung. Regulatorische Auflagen dürfen nicht zu
178 einer Benachteiligung des Finanzplatzes Frankfurt gegenüber anderen Handelsplätzen
179 führen.

180 Gerade in der Finanzwirtschaft verändert die Digitalisierung Geschäftsmodelle
181 grundlegend. Um den Standort Frankfurt fit für die Zukunft zu machen, muss die Region
182 auch zum europäischen Fin-Tech-Standort Nummer eins entwickelt werden. Deshalb
183 wollen wir besonders Start-ups und Gründer sowie digitale Technologien mit Bezug zur
184 Finanzwirtschaft unterstützen.

185 **Industrie 4.0**

186 Wir wollen Hessen zu einem der innovativsten Industriestandorte Europas machen.
187 Deshalb wollen wir die House of-Strategie des Landes Hessen ausbauen und ein neues
188 „House of Production“ gründen, in dem Wirtschaft und Wissenschaft unter einem Dach
189 branchenübergreifend an der Entwicklung produktionsbezogener digitaler Technologien
190 arbeiten. Diese Technologien können beispielsweise im Maschinenbau zum Einsatz
191 kommen, wie auch in der kunststoffverarbeitenden Industrie.

192 Die chemisch- pharmazeutische Industrie ist für Hessen eine Schlüsselbranche. Sie stellt
193 viele Arbeitsplätze zur Verfügung und trägt entscheidend zur Wirtschaftsleistung und
194 Forschungsstärke Hessens bei. Um die Innovationskraft auszubauen, wollen wir die
195 Initiative Gesundheitsindustrie stärken und mit dem House of Pharma besser vernetzen.
196 Die Wissenschafts- und Innovationsförderung soll noch stärker auf die Bereiche Pharma,
197 Biotechnologie und Medizintechnik fokussiert werden. Auch bei der Unterstützung von
198 Gründungen wollen wir der Biotechnologie und Medizin hohe Priorität einräumen.

199 Um die Automobilindustrie und Logistikwirtschaft in Hessen zu stärken, wollen wir die
200 Forschung und Entwicklung autonom gesteuerter Fahrzeuge und vernetzter
201 Mobilitätsdienstleistungen ausbauen. Das House of Logistics and Mobility (HOLM) soll als
202 Plattform für die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung gestärkt
203 werden.

204 Mit dem Flughafen Frankfurt, der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und der
205 Europäischen Wettersatellitengesellschaft (Eumetsat) in Darmstadt, der Deutschen
206 Flugsicherung (DFS) in Langen und dem Deutschen Wetterdienst (DWD) mit Sitz in
207 Offenbach verfügt Hessen über große Kompetenzen im Zusammenhang mit der
208 Erforschung von Wetter- und Klimafragen sowie Luft- und Raumfahrt. Wir wollen die
209 Zusammenarbeit mit diesen Institutionen ausbauen und besonders Gründungen, die sich
210 um die Themen Navigation, digitale Kartographie, Drohnen und Luftverkehr drehen,
211 unterstützen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 8

Antrag S001

Betr.: Änderung der Landesgeschäftsordnung / Antragsrecht
Liberaler Mittelstand

Antragsteller: Jürgen Lenders, Till Mansmann, Dr. Thorsten Lieb, Moritz
Promny, Dr. Stefan Naas und Dr. Stefan Ruppert

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Paragraph 11, Abs. 1 der Landesgeschäftsordnung des FDP Landesverbandes
- 2 Hessen wird wie folgt geändert:
- 3 Hinter "*Jungen Liberalen Hessen*" wird ein Komma und die Worte "*dem*
- 4 *Liberalen Mittelstand, Landesverband Hessen*" eingefügt.

Begründung:

Dem Landesverband des „Liberalen Mittelstandes“ soll ein eigenständiges Antragsrecht für den Landesparteitag eingeräumt werden.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 9

Antrag 001

**Betr.: Beste Bildung und Chancengerechtigkeit für Hessens
Schülerinnen und Schüler - Vertrauen in die Schulen und
unsere Lehrerinnen und Lehrer**

Antragsteller: LFA Schule

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Gute Bildung ist die beste Voraussetzung für Bewahrung der Freiheit, soziale
- 2 Sicherheit und gelingende Integration. Deshalb steht für uns Freie Demokraten
- 3 Chancengerechtigkeit im Brennpunkt freiheitlicher und zukunftsfähiger
- 4 Bildungspolitik. Wir wollen für jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft und
- 5 seinen persönlichen Voraussetzungen, das bestmögliche Bildungsangebot.

- 6 Chancengerechtigkeit heißt nicht Gleichmacherei und Einheitsschule. Echte
- 7 Wahlfreiheit bedeutet, dass Eltern auch eine echte Wahl haben und die für ihr
- 8 Kind beste Schule auswählen können. Deshalb brauchen wir eine bessere und
- 9 gerechtere Ausstattung aller Schulen in räumlicher, sächlicher und personeller
- 10 Hinsicht. Wir sind der Überzeugung, dass Schülerinnen, Schüler und Eltern sehr
- 11 gut die Qualität des Schulangebots beurteilen können und
- 12 verantwortungsbewusst den richtigen Bildungsweg auswählen. Bevormundung
- 13 durch politische Vorgaben lehnen wir ab. Für uns hat jede Schulart ihre
- 14 Berechtigung, solange sie über eine sinnvolle Mindestgröße verfügt.

- 15 Individuelle Förderung ist für uns mehr als nur eine wohlfeile Floskel.
- 16 Fördermaßnahmen müssen die Heterogenität berücksichtigen und dürfen sich
- 17 nicht auf einzelne Gruppen beschränken. Weil Menschen unterschiedlich sind,
- 18 kommen Kinder mit den verschiedensten Stärken, Schwächen und Bedürfnissen
- 19 in die Schulen. Deshalb setzen wir auf die individuelle Förderung, bei der die
- 20 Unterschiede nicht ausgeklammert werden. Echte Chancengerechtigkeit verlangt
- 21 passgenaue Förderung vom sonderpädagogischen Förderbedarf bis hin zur
- 22 Hochbegabung.

- 23 Das alles geht nicht mit der Brechstange. Die Realisierung von Inklusion, der
- 24 Ausbau von Ganztagsangeboten, zusätzliche Sprachkurse und Integration sind
- 25 wichtige gesellschaftliche Aufgaben, die nur erfüllt werden können, wenn eine
- 26 entsprechende Ausstattung und ausreichend personelle Ressourcen zur
- 27 Verfügung gestellt werden. Die hierzu erforderlichen Stellen müssen – anders als
- 28 zur Zeit - nicht nur auf dem Papier zur Verfügung gestellt, sondern tatsächlich
- 29 besetzt werden. In Hessen sind trotz gestiegener Lehrerzahlen in den letzten drei
- 30 Jahren die Rahmenbedingungen nicht besser, sondern schlechter geworden.
- 31 Lehrerinnen und Lehrer beklagen zu recht, dass sie mit dem stark ausgedehnten
- 32 Aufgabenspektrum – vor allem mit den überbordenden Verwaltungsaufgaben -

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 10

33 allein gelassen wurden. Die von der Politik der gegenwärtigen Landesregierung
34 verursachte permanente Überlastung schadet Allen: Kindern und Jugendlichen
35 mit und ohne besonderen Förderbedarf, Eltern und Lehrkräften. Wir brauchen
36 wieder optimale Lern- und Bildungsbedingungen für alle hessischen
37 Schülerinnen und Schüler sowie zumutbare Arbeitsbedingungen für die
38 Lehrkräfte.

39 Offene Stellen müssen auch in Zeiten des Fachkräftemangels mit qualifizierten
40 Lehrkräften besetzt werden, um nicht an Qualität zu sparen und sich dadurch an
41 den Kindern und an unserer Zukunft zu versündigen. Freie Demokraten werden
42 die Reform der Lehrerausbildung fortführen, um angehende Lehrerinnen und
43 Lehrer bereits frühzeitig und praxisorientiert im Umgang mit Heterogenität
44 auszubilden und für die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes zu
45 qualifizieren.

46 Daneben muss die Arbeit mit multiprofessionellen Teams mit Blick auf die
47 veränderten Aufgaben und die präventiven Ansätze gestärkt und ausgebaut
48 werden. Hessen ist gefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen
49 und auch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Akteuren
50 wie beispielsweise Jugendamt, Betreuungseinrichtungen und
51 Integrationsassistenten zu erleichtern und zu intensivieren.

52 Wir Freien Demokraten bekennen uns zu einem flächendeckenden
53 Förderschulangebot auf der einen Seite und zur Verbesserung der Inklusion an
54 Regelschulen auf der anderen Seite. Ziel unserer Schulpolitik ist deshalb nicht
55 eine möglichst hohe Inklusionsquote, sondern die Bereitstellung des individuell
56 besten Förderortes für jedes einzelne Kind.

57 Die zunehmende bürokratische Belastung der Lehrerinnen und Lehrer muss
58 reduziert werden. Statt Kontrollwahn des Kultusministeriums stehen Freie
59 Demokraten für Vertrauen in die Schulen und unsere Lehrerinnen und Lehrer.
60 Zur Bewältigung unvermeidlicher bürokratischer Belastungen wollen wir den
61 Schulen Schulverwaltungsassistenten zur Verfügung stellen, damit sowohl
62 Lehrkräfte wie auch Schulleitungen wieder die Zeit haben, sich auf ihre
63 Kernaufgaben zu konzentrieren und die notwendige individuelle Förderung der
64 Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 11

Antrag 002

Betr.: "Vernünftige Energiepolitik", entsprechend dem Punkt 6 des Beschlusses des außerordentlichen Bundesparteitags der FDP vom 17. Juli 2017

Antragsteller: Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Gem. dem Beschluss ist es das Ziel: „die ökologisch unwirksamen und
2 unsozialen Subventionen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz
3 (EEG).....wollen wir abschaffen“.
- 4 Sollte das aufgrund der Koalitionsvereinbarungen so nicht vollumfänglich
5 umsetzbar sein, so sollten die Minimalziele wie folgt lauten:
- 6 • Waldschutz sollte politisches Ziel werden, keine Windkraftanlagen (WKA)
7 in Waldgebiete.
 - 8 • Zwingende Mindestabstände für WKA sind einzuhalten: a) 2.000 Meter zu
9 Wohnanlagen b) 1.000 Meter zu Gewerbestandorten mit mehr als 500
10 Mitarbeitern
 - 11 • Keine WKA ohne echte Windmessung am geplanten Standort in realer
12 Höhe über 12 Monate.
 - 13 • Keine WKA in Waldgebiete als Grundsatz. Sofern aus zwingenden
14 Gründen davon abgewichen werden muss, sind diese Gründe vorzulegen
15 und zu prüfen. In jedem Fall ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung und
16 FFH-Verträglichkeitsprüfung zwingend vorzuschreiben.
 - 17 • keine Ausweisung von „Spenderflächen“ für Rotmilane. Dieses Vorhaben
18 ist ornithologisch nicht haltbar.

Begründung:

Das EEG sorgt für Wettbewerbsverzerrung der Art, dass Anlagen an Stellen errichtet werden, die sich unter normalen Bedingungen nicht für Windkraft eignen. Ausschließlich die zugesicherten Subventionen machen solche Anlagen wirtschaftlich interessant, für die Investoren. Wir sind in der BRD in einer Situation, in der wir nicht mehr um der Anzahl der Anlagen willen weiter WKA in die Natur stellen. Dies sollte mit mehr Augenmaß geschehen und sowohl den Mensch als auch die Tiere und die Natur mehr in den Fokus der Entscheidungen rücken. Daher, wenn es nicht möglich sein sollte das Primärziel des umgehenden EEG Stopps umzusetzen, sollten im Koalitionsvertrag die Minimalziele zwingend vereinbart und umgehend in Kraft gesetzt werden.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 12

Antrag 003

Betr.: Unser Meisterplan – Weil Ausbildung sich auszahlt

Antragsteller: Junge Liberale Hessen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Viele Wege führen zum Beruf. Doch egal welche Richtung ein Jugendlicher oder
2 junger Erwachsener einschlägt, eine gute Bildung ebnet den Weg, ermöglicht
3 das Weiterkommen und ist die beste Voraussetzung für eine beruflich
4 erfolgreiche Zukunft. Dazu trägt das deutsche Ausbildungssystem einen
5 elementaren Anteil bei und schafft individuell Perspektiven für Absolventen aller
6 Schulformen. Obwohl das duale Ausbildungsmodell weltweit Anerkennung und
7 Nachahmer findet, manifestiert sich in sinkenden Ausbildungszahlen, dass die
8 Attraktivität einer Ausbildung für Jugendliche in Deutschland abnimmt. Die
9 Diskrepanz steigend unbesetzter Ausbildungsstellen bei gleichzeitig steigenden
10 Studienabbruchquoten zeigt, dass gerade die zunehmende Zahl der Abiturienten
11 eine Ausbildung nicht oft genug in Betracht zieht. Dabei bietet der Weg der
12 Ausbildung viele Vorteile: Praxisnähe, den eigenen Lebensunterhalt zu
13 verdienen, einen zügigen Berufseinstieg, oftmals eine gute Perspektive auf
14 Übernahme sowie die verschiedensten Möglichkeiten zur Weiterbildung. Viele
15 Ausbildungsberufe, insbesondere aus dem Handwerk, sind gleichzeitig die beste
16 Voraussetzung für eine spätere Selbstständigkeit. Die FDP Hessen ist überzeugt,
17 dass ein Meister so viel wert ist wie ein Master. Für uns steht eine Ausbildung
18 einem Studium in nichts nach. Um den Ausbildungsweg wieder attraktiver zu
19 gestalten, bedarf es dabei eines Zukunftskonzepts der beruflichen Bildung, das
20 sowohl Jugendliche, Betriebe, Berufsschulen als auch weiterführende Schulen
21 einbindet.

22 Den Weg ebnen – Das Ausbildungssystem

23 Jeder Auszubildende ist anders und jede Ausbildung hat andere Anforderungen.
24 Die Flexibilität der Ausbildungsdauer, die Option der Teilzeitausbildung und die
25 sich anschließenden Weiterbildungsmöglichkeiten machen das deutsche
26 Ausbildungssystem zu einem individuell gestaltbaren Berufsweg. Diese
27 Individualität sehen die Freien Demokraten als entscheidenden Vorteil gegenüber
28 alternativen Systemen an. Daher lehnen wir ausbildungsübergreifende
29 gesetzliche Mindestausbildungsdauern sowie vorgegebene Zeitspannen für den
30 betrieblichen Anteil in der dualen Ausbildung ab.

31 Bildung ist immer auch Standortfaktor. Deswegen ist eine ausbildungsplatznahe
32 Beschulung in so vielen Ausbildungsberufen wie sinnvoll nötig, um einerseits
33 weite Fahrtwege für Auszubildende zu vermeiden und andererseits

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 13

34 Ausbildungsplätze in Betrieben flächendeckend zu erhalten. In Berufssparten mit
35 landes- oder bundesweit wenigen Auszubildenden können Blockunterrichtphasen
36 durch digitale Lernangebote verringert werden. Hierzu müssen, wie bei allen
37 anderen Schulformen auch, Lehrer für den technisch gestützten Unterricht
38 fortgebildet und eine angemessene Schulausstattung sichergestellt werden. Auf
39 betrieblicher Seite sind Zusammenschlüsse von Unternehmen denkbar, um
40 gemeinsam Ausbildungen anzubieten und so insbesondere in kleineren Betrieben
41 erst die Möglichkeit für Berufsausbildungsangebote zu schaffen.

42 Übereinstimmend mit der dualen Berufsausbildung erfordert auch die
43 vollzeitschulische Variante bundeseinheitlich verpflichtende Rahmenstandards,
44 um die Gleichwertigkeit der Ausbildungssysteme zu garantieren. Um den
45 praktischen Anteil dieser Ausbildungsform zu stärken, müssen Anzahl und Dauer
46 von Betriebspraktika erhöht werden. Insbesondere in den Gesundheits-,
47 Erziehungs- und Sozialberufen sind der praktische Umgang mit Menschen und
48 das Einfinden in die Arbeitssituation elementar.

49 **Ein Weg für alle – Chancengerechtigkeit schaffen**

50 Um Chancengerechtigkeit auch im Ausbildungssystem zu gewährleisten, sollen
51 öffentliche Berufs- und Berufsfachschulen sowohl für Auszubildende als auch für
52 Betriebe, die bereits für die Ausbildungsvergütung aufkommen, kostenfrei
53 bleiben. Die FDP Hessen setzt sich für eine elternunabhängige
54 Berufsausbildungsbeihilfe ein, die den Lebensunterhalt sicherstellt, soweit die
55 Ausbildungsvergütung hierzu nicht ausreichend ist. Analog zum Bafög für
56 Studierende soll die Ausbildungsbeihilfe teilweise zurückgezahlt werden. In
57 Ergänzung zum reformierten Aufstiegs-Bafög für Fortbildungen setzen wir uns
58 für nachgelagerte Gebühren für Meister- und Fachwirtsprüfungen ein, die vielen
59 finanziell diese Qualifikation erst erschließen können. Zusätzlich müssen
60 Stipendienprogramme für Auszubildende ausgebaut werden. Wir sprechen uns
61 dafür aus, dass auch die politischen Stiftungen einen Schritt weitergehen und
62 ihre Förderung für diesen Bildungsweg öffnen.

63 **Alle Richtungen offenhalten – Ausbildung für jede Schulform**

64 Die Vorbereitung auf die Berufswahl an Schulen ist unzureichend. Insbesondere
65 an Gymnasien muss die Option Ausbildung präsenter werden. Praktika,
66 Informationsveranstaltungen, wie z.B. die Nacht der Ausbildung in vielen
67 hessischen Städten, sowie Praxisbezug im Unterricht und Betriebsbesichtigungen
68 im Rahmen von Exkursionen müssen hierfür verstärkt Teil von Schulcurricula
69 werden.

70 Die Freien Demokraten kritisieren die zunehmende Akademisierung von
71 Ausbildungsberufen, denn die Verknüpfung theoretischer und praktischer
72 Elemente hat in vielen Berufen einen weitaus höheren Nutzen als der Titel eines
73 Bachelorabschlusses. So sind bewährte Zugangsvoraussetzungen beizubehalten,
74 anstatt neue zu schaffen. Gleichermaßen lehnen wir es ab, bestimmte

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 14

75 Ausbildungsberufe ausschließlich Abiturienten zugänglich zu machen. Die stetige
76 Erweiterung von dualen Studiengängen hingegen erkennen wir als positive
77 Entwicklung an, die im akademischen Bereich mehr Praxisnähe schafft. Diese
78 darf allerdings nicht zur Verdrängung bestehender Ausbildungsberufe führen, die
79 bereits bestmöglich auf die zukünftige Tätigkeit vorbereiten. Um
80 Studienabbrechern die Perspektive Ausbildung zu eröffnen, muss die Möglichkeit
81 auf Anerkennung bereits bestandener Prüfungsleistungen in sich
82 überschneidenden Fachbereichen geschaffen werden.

83 **Wege finden – Eine Lösung für jeden**

84 Die FDP Hessen unterstützt das Förderinstrument der assistierten Ausbildung der
85 Bundesagentur für Arbeit, um benachteiligte Jugendlichen Hilfestellungen zu
86 geben und Ausbildungsabbrüchen vorzubeugen. Im Rahmen einer
87 Modularisierung der Ausbildung kann der Erwerb von Teilqualifikationen eine
88 Zwischenlösung für Jugendliche schaffen, für die eine vollständige reguläre
89 Ausbildung aus unterschiedlichen Gründen nicht in Betracht kommt. Wer nie
90 eine Ausbildung absolviert hat, aber über einen langen Zeitraum praktisch im
91 Beruf gearbeitet hat, soll durch berufsbegleitenden theoretischen Unterricht einen
92 Ausbildungsabschluss nachholen können und so die Voraussetzungen für den
93 weiteren Berufsweg schaffen.

94 Die Freien Demokraten befürworten einen inklusiven Ausbildungs- und
95 Arbeitsmarkt. Gleichzeitig erkennen wir an, dass Behindertenwerkstätten und
96 Berufsbildungswerke für viele Menschen mit Einschränkungen erst eine
97 Ausbildungs- und Berufsperspektive schaffen. Leider kann diese Doppelstruktur
98 einen Eintritt oder eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erschweren,
99 sodass der reguläre Ausbildungsweg für so viele Jugendliche wie möglich das
100 Ziel sein soll. Um dies zu unterstützen sollen zur Vorbereitung auf eine reguläre
101 Ausbildung Programme in Kooperation mit Berufs- und Berufsfachschulen
102 angeboten werden. Ebenso soll im Anschluss an eine abgeschlossene
103 Ausbildung in einem Berufsbildungswerk durch zusätzliche Qualifizierungen ein
104 regulärer Berufsabschluss erlangt werden können. Damit der Grundsatz, dass
105 Arbeit sich immer lohnen muss, auch für behinderte Menschen in der
106 Werkstattarbeit gilt, müssen hier die Freibeträge der Grundsicherung erheblich
107 erhöht werden, um bessere Lohnperspektiven zu schaffen und aufzuzeigen,
108 dass eine Aus- und Weiterbildung immer der vorteilhaftere Weg ist.

109 Arbeit und Ausbildung sind die besten Integrationsmaßnahmen – auch und
110 insbesondere für Flüchtlinge mit Aufenthaltstitel sowie anerkannte Asylsuchende.
111 Daher müssen Betriebe die Planungssicherheit bekommen, dass die bei ihnen
112 beschäftigen Flüchtlinge eine sichere Aufenthaltserlaubnis für die Dauer der
113 Ausbildung bekommen. Eine Ausbildungs- bzw. Arbeitserlaubnis muss dabei
114 nach spätestens drei Monaten gewährt werden, um einen schnellen Eintritt in
115 den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

116 **Weiterkommen – Möglichkeiten schaffen**

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 15

117 Eine Ausbildung darf keine Sackgasse sein, sondern muss immer neue Wege
118 eröffnen und Möglichkeiten zur Weiterbildung bieten. Die hierbei wichtigsten
119 Fortbildungswege sind Meister- und Fachwirtsbildungen, deren hohe
120 Standards in Deutschland beibehalten werden müssen. Ebenso schafft die
121 Ausbildung als alternativer Weg zum Studium soziale Durchlässigkeit und
122 eröffnet neue Lebenswege. Der Erwerb von Zusatzqualifikationen kann das
123 Ausbildungsprofil individuell schärfen. Dabei muss der Grundsatz des
124 lebenslangen Lernens auch in Ausbildungsberufen verstärkt Anwendung finden.
125 Insbesondere der Anschluss an den technischen Wandel wurde in einigen
126 Ausbildungen verpasst, sodass der Aufbau von IT-Kenntnissen in Fortbildungen
127 unabdingbar ist, um mit den wachsenden Anforderungen der Berufswelt Schritt
128 zu halten.

129 Während der Bologna-Prozess innereuropäische Universitäten näher
130 zusammengebracht hat, sind die Ausbildungssysteme europäischer Länder
131 weiterhin sehr unterschiedlich. Statt einer Vereinheitlichung des Systems wollen
132 wir einen grenzübergreifenden Ausbildungsmarkt durch eine bessere Vernetzung
133 der nationalen Arbeitsagenturen zu schaffen. Eine Verstärkung der Mobilität
134 innerhalb Europas für Auszubildende ist also eine Win-Win-Situation für alle
135 Beteiligten.

136 Die Erweiterung von sprachlichen und kulturellen Kompetenzen durch
137 Auslandsaufenthalte ist für viele Auszubildende ebenso wichtig für die berufliche
138 und persönliche Entwicklung wie für Studierende. Aktuell nimmt nur ein Bruchteil
139 der Auszubildenden die Option eines Betriebspraktikums im Ausland wahr, das
140 bereits durch die EU gefördert wird. Analog zum Erasmus-Studienaufenthalt soll
141 für Ausbildungen mit blockweisen Berufsschulphasen die Option geschaffen
142 werden, auch einen Teil der Schulphase an einer Partnerschule im Ausland zu
143 absolvieren. Eine Höchstdauer des Auslandsaufenthaltes während der
144 Ausbildungszeit lehnen wir generell ab. Ganz im Gegenteil, Unternehmen sollen
145 Auszubildende auch in ausländischen Zweigniederlassungen nach deutschen
146 Standards betrieblich ausbilden können, wobei diese regulär den Berufsschulunterricht in
147 Deutschland besuchen und einen Abschluss im Inland erhalten können. Zusätzliche
148 Kosten müssen hierbei von den Unternehmen getragen werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 16

Antrag 004

Betr.: Keine Transferunion

Antragsteller: Kreisverband Offenbach-Land

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die jüngste Rede des französische Präsidenten Macron enthielt viel
2 Fortschrittliches. In einigen Punkten gibt sie aber Anlass zur Sorge. Dies betrifft
3 z.B. die Forderung nach einem eigenen Haushalt für die Eurozone, eine
4 Finanzierung des EU-Haushalts über eigene Steuern und die Forderung nach
5 einem EU-Finanzminister. Es steht zu befürchten, dass damit ein weiterer großer
6 Schritt in Richtung Transferunion gegangen werden soll. Nicht mehr die
7 Wettbewerbsfähigkeit in der EU soll in den Mittelpunkt der Politik gestellt
8 werden, sondern eine staatlich geführte Angleichung, die nicht auf Leistung,
9 sondern auf Umverteilung beruht.
- 10 Wir Freie Demokraten wollen deswegen die Position unseres Bundesvorstandes
11 auf der Grundlage des FDP-Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2017
12 bekräftigen und fordern daher:
- 13 1. Keine Einrichtung eines zusätzlichen Haushalts für die Eurozone.
 - 14 2. Keine Einführung von Eurobonds und von EU-eigenen Steuern oder
15 Abgaben, die direkt in den EU-Haushalt fließen.
 - 16 3. Wir lehnen einen EU-Finanzminister ab. Entscheidungen der Finanzminister
17 liegen ausschließlich beim Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN).
 - 18 4. Rückkehr zu den bereits bestehenden Stabilitätskriterien und strikte
19 Überwachung deren Einhaltung.
 - 20 5. Die Möglichkeit, aus dem Euro austreten zu können, wenn ein Land die
21 Mitgliedskriterien nachhaltig und auf absehbare Zeit nicht erfüllen kann.
 - 22 6. Der Europäische Rat soll als Repräsentanz der demokratisch gewählten
23 Regierungen die gesamte Förder- und Subventionspolitik der Kommission
24 einer umfassenden Prüfung unterziehen. Es ist nicht die Aufgabe der
25 EU-Behörden, Geld von Steuerzahlern umzuverteilen, sondern die Basis für
26 freien Handel mit anerkannten Spielregeln zu schaffen.
- 27 Der sparsame Umgang mit den vom Bürger erbrachten Steuermitteln muss auch
28 für die EU im Vordergrund stehen. Strukturhilfen sind regelmäßig auf den
29 Prüfstand zu stellen. Keinesfalls sollte darüber hinaus eine Ausweitung der
30 Zahlungsströme zugelassen werden. Dies würde die
31 Konsolidierungsbemühungen der einzelnen Länder konterkarieren und in letzter
32 Konsequenz nur zu mehr Abhängigkeit und Strukturkonservatismus führen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 17

Begründung:

Die anhaltende Tendenz der Institutionen der Europäischen Union, immer größere finanzielle Mittel aus den Mitgliedsstaaten abzugreifen, ist so nicht länger hinnehmbar. Statt sorgsam mit den vorhandenen Mitteln umzugehen und diese zielführend einzusetzen, wird der weiter ausufernden Verschwendung immer neue Nahrung gegeben. Es ist nicht die Aufgabe der EU-Kommission, Steuerabgaben permanent umzuverteilen. Hier müssen wir die Position unserer Parteispitze und insbesondere die unseres Parteivorsitzenden unterstützen. Die Koalitionsverhandlungen mit den angedachten Partnern einer neuen Regierung werden schwierig und auf die FDP kommt die verantwortungsvolle Rolle der Wächterin für eine solide Finanz- und liberale Wirtschaftspolitik zu. Dies bedeutet z.B. die Haushaltskonsolidierung auf allen Ebenen voranzutreiben und eine Zurückdrängung der die Gesamtwirtschaft lähmenden Subventionspolitik einschließlich der damit verbundenen Bürokratie in die Wege zu leiten. Rund zehn Jahre nach der weltweiten Finanzkrise und einem nun auch in vielen Mitgliedsländern zu verspürenden Aufschwung ist es an der Zeit, die unter dem Stichwort „Rettungsfonds“ eingerichteten Finanztöpfe schrittweise zu reduzieren. Da passt es überhaupt nicht ins Bild, wenn an anderer Stelle erneut Budgets kreiert werden.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 18

Antrag 005

Betr.: Europäische Bankenaufsicht nach Frankfurt am Main holen

Antragsteller: Dr. Thorsten Lieb, Michael Bross, Sebastian Papke, Yanki Pürsün, Brigitte Reifschneider Groß, Arndt-Philipp Seeger, Hans-Joachim Otto

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Hessen fordert alle Beteiligten (Bundesregierung, Landesregierung,
- 2 Stadt Frankfurt am Main) auf, ihre Bemühungen zu intensivieren, um die
- 3 Europäische Bankenaufsicht (EBA) in der Sitzung des EU-Ministerrats am 20.
- 4 November 2017 nach Frankfurt am Main zu holen. Um den Finanzplatz
- 5 Deutschland weiter zu stärken, müssen die Europäische Zentralbank (EZB) und
- 6 die EBA am gleichen Standort angesiedelt sein.

- 7 Insbesondere fordert die FDP Hessen die Bundesregierung zu einer klaren
- 8 Prioritätensetzung dahingehend auf, dass es auf der Sitzung des EU-Ministerrats
- 9 aus deutscher Sicht vorrangig um die Ansiedlung der Europäische
- 10 Bankenaufsicht (EBA) in Deutschland geht. Die ebenfalls angestrebte Ansiedlung
- 11 der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) in Deutschland mit dem Standort
- 12 Bonn kann demgegenüber nur zweite Priorität haben.

Begründung:

Die bisherigen Bemühungen von Bundesregierung und weiteren Beteiligten um den Sitz der Bankenaufsichtsbehörde EBA und der Arzneimittelbehörde EMA erscheinen als erschreckend unprofessionell und zu wenig leidenschaftlich. Die EU-Kommission hat auf Grundlage ihres Kriterienkataloges deutliche Schwächen der deutschen Bewerbungen adressiert. Daher ist eine rasche und umfassende Nachbesserung insbesondere von Seiten der Bundesregierung und im Einvernehmen mit den weiteren Beteiligten erforderlich.

Unverständlich ist insbesondere, wenn ein von der EU-Kommission adressiertes und relevantes Thema, wie die Frage von Mietübernahmen oder Mietzuschüssen für die Behörde, in den deutschen Bewerbungen offenbar gar nicht angesprochen werde, wie berichtet wird. Zwar kann man zu Recht einwenden, dass es Aufgabe der Union sei, für ihre eigenen Behörden auch die notwendigen Mittel bereit zu stellen und dies nicht auf die Mitgliedsstaaten abzuwälzen. Aber jedenfalls dies hätte politisch deutlich gemacht werden müssen.

Offenbar ebenfalls problematisch gestaltet sich die offenkundig verfehlte Zeitplanung der Bundesregierung an. Der Umzug wird nach den Vorstellungen der Kommission

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 19

unmittelbar nach dem Eintritt des Brexit anstehen. Die deutschen Bewerbungen haben es aber versäumt, eine klare Perspektive darzulegen. Während beispielsweise Luxemburg eine konkrete Umzugsplanung vorgelegt habe, verblieben die Bemühungen um Frankfurt am Main als Standort der EBA offenbar im Ungefähren.

Daher sind alle Beteiligten sind gehalten, gegenüber der EU-Kommission deutlich zu machen, dass es für die Finanzverfassung der EU fatal wäre, die Bankenaufsichtsbehörde EBA nicht am Standort der EZB anzusiedeln und so kurze Wege zu ermöglichen. Ein als solches erkennbares, leidenschaftliches Bemühen um die Ansiedlung der Behörde in Frankfurt am Main ist dringend erforderlich.

Ebenso bedarf es einer klaren Prioritätensetzung für die Ansiedlung der EBA im Verhältnis zur Ansiedlung der EMA.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 20

Antrag 006

Betr.: Für einen Neustart in Europa

Antragsteller: Kreisverband Frankfurt am Main

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der bevorstehende Brexit, das Erstarren populistischer und nationalistischer
2 Strömungen und Parteien in Europa, die fortdauernde Wirtschaftsschwäche in
3 einigen Staaten, die Hilflosigkeit der europäischen Staatengemeinschaft
4 gegenüber den Problemen im Süden und Osten, die ungelöste
5 Staatsschuldenkrise – die Aufzählung belegt, dass ein vermeintlich
6 alternativloses „Weiter So!“ keine überzeugenden Antworten auf die Fragen der
7 Zeit liefert. Die etablierten Parteien sowohl der traditionellen Linken wie der
8 Konservativen und ebenso die bürokratischen Apparate in Brüssel und den
9 Hauptstädten der EU-Mitglieder haben kein Rezept gegen das um sich greifende
10 Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in Europa. In der jüngst zu
11 Tage tretenden Ablehnung des Establishments und einem „Eliten-Bashing“ erlebt
12 die politische Auseinandersetzung eine weitere unheilvolle Zuspitzung jenseits
13 jeglicher vernünftiger Kontroverse um die Zukunft des europäischen Projektes.

14 Deshalb ist es an der Zeit, über eine komplette Revision der Europäischen
15 Aufgabenstellung zu sprechen. Wer die europäische Idee bewahren will, muss
16 die Europäische Union umbauen.

17 Ausgehend von einer absoluten, ernstgemeinten und unveränderlichen
18 Subsidiarität wird in einem neuen Grundlagenvertrag abschließend und konkret
19 jenseits von unklaren und dehnbaren Begrifflichkeiten geregelt, welche
20 hoheitlichen Aufgaben und Verantwortungen die Mitgliedsstaaten auf die EU
21 übertragen. Es gilt dabei das Prinzip: Was nicht definitiv der EU zugeschrieben
22 wurde, bleibt alleinige Aufgabe der Staaten. Hierüber soll ein neu zu
23 schaffendes, von der bisherigen europäischen Gerichtsbarkeit unabhängiges
24 „Vertragsgericht“ wachen.

25 Dabei sollten folgende Grundsätze die reformierte Europäische Union
26 bestimmen:

27 1. Die neue EU definiert sich als ein Staatenverbund, der für seine Mitglieder
28 die Außenbeziehungen wahrnimmt. Dazu zählen in erster Linie eine
29 gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch die Außenhandels-
30 und die Entwicklungspolitik. Im geopolitischen Umfeld des frühen 21.
31 Jahrhunderts ist Größe ein wesentlicher Faktor zur Durchsetzung der
32 politischen und wirtschaftlichen Interessen. Die EU mit (demnächst nur
33 noch) 450 Millionen zumeist gut ausgebildeten Bürgern, einer

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 21

- 34 leistungsfähigen Ökonomie und weitgehend freien, von allgemein
35 anerkannten Regeln des Zusammenlebens geprägte Gesellschaften mit
36 funktionierenden Staatsapparaten kann und muss regionale politische
37 Verantwortung übernehmen – nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch
38 um Freiheit und Menschenrechten weltweit Anerkennung und Geltung zu
39 verschaffen. Die Mitgliedsstaaten müssen hier nach außen hin mit einer
40 Stimme sprechen.
- 41 2. Die neue EU ist für die Sicherung aller Außengrenzen zuständig und
42 verantwortlich. Dazu wird eine echte Grenzpolizei bzw. Küstenwache
43 eingerichtet, die hoheitliche Aufgaben für die Mitglieder wahrnimmt.
- 44 3. Europa muss – im Rahmen der NATO und der OSZE – eine größere
45 Verantwortung für die Friedenssicherung in seiner unmittelbaren
46 Nachbarschaft übernehmen. Deshalb muss auf militärischem Gebiet eng
47 kooperiert werden. In einer ersten Stufe sind gemeinsame Waffensysteme
48 und eine harmonisierte Beschaffung unumgänglich, wenn die EU in ihrem
49 regionalen Umfeld (Osteuropa, Naher Osten und Nordafrika) zu einem auch
50 nur halbwegs effektiven militärischen Eingreifen in der Lage sein will. Auch
51 sollte Europa für den Einsatz z.B. im Rahmen von friedenssichernden
52 Maßnahmen bereits bestehende staatenübergreifende Verbände wie die
53 NRF (Nato Response Force) statt nationaler Verbände einsetzen. In einem
54 späteren Schritt muss eine europäische Eingreiftruppe bereitstehen, die
55 auch anspruchsvolle Aufgaben übernehmen kann.
- 56 4. Die neue EU ist für eine effektive Steuerung der Wanderungsströme nach
57 Europa zuständig. Dies erfordert auf mittlere Sicht auch eine gemeinsame
58 europäische Einwanderungs- und Asylpolitik, die nicht erst nach dem
59 Grenzübertritt einsetzt. Dazu muss außerdem eine regionale
60 Entwicklungspolitik betrieben werden, die den Menschen in den
61 angrenzenden Weltgegenden eine Perspektive im jeweils eigenen Land
62 bietet. Die Mittel der Entwicklungshilfe sind von den Mitgliedern in einen
63 gemeinsamen Fond zu zahlen, der eine Art Marshall-Plan insbesondere für
64 Osteuropa, Nordafrika und den Nahen Osten finanziert.
- 65 5. Die neue EU zieht sich als primärer Akteur komplett aus allen Politikfeldern
66 der Haushalts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Harmonisierung
67 von Ertragsteuern zurück. Diese Aufgaben werden in Zukunft im Grundsatz
68 ausschließlich von den Mitgliedern wahrgenommen. Im Sinne einer
69 ernsthaften Subsidiarität findet keine Einmischung in diese inneren
70 Angelegenheiten durch die EU statt. Wettbewerb zwischen verschiedenen
71 Staaten in diesen Politik-Bereichen wird als nützlich und notwendig für eine
72 Weiterentwicklung der europäischen Gesellschaften und Wirtschaften
73 angesehen. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der neuen EU in
74 Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten insbesondere in den Bereichen
75 Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gemeinsame europäische Lösungen als
76 zusätzliche und freiwillige Alternativen im Wettbewerb zu den nationalen
77 Systemen für die mobileren Bürgerinnen und Bürger vorzuschlagen.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 22

- 78 6. Europäische Subventionen werden so schnell wie möglich vollständig
79 abgeschafft. An Ihre Stelle müssen – soweit erforderlich – Strukturreformen
80 sowie Mechanismen treten, die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass
81 Subventionen überflüssig werden. Wenn ein Mitgliedsstaat aus
82 innenpolitischen Gründen Beihilfen zahlen will, so muss dies als
83 Subjektförderung für die betreffenden Menschen, nicht jedoch für
84 Produktions-, Produktbeihilfen oder Quotensysteme erfolgen.
- 85 7. Zwischen der EU und den Mitgliedern wird genau und umfassend
86 abgegrenzt, welche Ebene für welche Aufgaben zuständig ist.
87 Mischfinanzierungen und geteilte Verantwortungen wird es nicht mehr
88 geben. Im Bereich der europäischen Infrastruktur wird die EU für die
89 Koordination der transnationalen Verkehrsströme zuständig (Luftfahrt,
90 internationaler Schienen- und Straßenverkehr), die Staaten sind für den
91 Ausbau und Erhalt aller anderen Verkehrswege zuständig.
- 92 8. Die EU legt Regeln für den Austausch zwischen den Staaten fest, damit
93 ein freier Personen-, Waren- und Dienstleistungs- sowie Kapitalverkehr
94 aufrechterhalten wird. Die EU sorgt auch dafür, dass alle EU-Bürger in
95 jedem Staat ihre Rechte und Ansprüche durchsetzen können, indem
96 grundsätzlich jeder EU-Bürger Zugang zu den Gerichten hat.
- 97 9. Die Staaten der EU können auf freiwilliger Basis Zweckgemeinschaften
98 bilden, die für die teilnehmenden Staaten bestimmte Aufgaben
99 wahrnehmen. Solche Gemeinschaften können beispielsweise für die
100 internationale Energieversorgung, aber auch für rein gemeinschaftsinterne
101 Aufgaben wie eine gemeinsame Währung (EURO) initiiert werden. Die
102 Mitglieder können solche Zweckverbände nach vorher festgelegten Regeln
103 auch wieder aufkündigen oder verlassen. Bei all diesen Kooperationen gilt
104 eine strikte Haftung der Teilnehmer für ihre Gemeinschaften, ein Transfer
105 von Schulden oder Verbindlichkeiten auf die Gesamt-EU ist
106 ausgeschlossen. Innerhalb eines gemeinsamen Währungssystems (EURO)
107 sind Target-Salden nach dem Vorbild des US-amerikanischen
108 Notenbanksystems innerhalb von noch zu definierenden Zeiträumen
109 vollständig auszugleichen.
- 110 10. Die Gemeinschaftsaufgaben, die der neuen EU übertragen werden,
111 müssen vollständig aus dem Budget der EU finanziert werden. Jegliche
112 Querfinanzierung zwischen den Mitgliedern ist ausgeschlossen
113 (konsequentes No-Bail-Out).

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Landesparteitag der FDP Hessen am 18. November 2017 in Hofheim

Seite 23

Antrag 007

Betr.: Weg mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz - Offene, faire und gesellschaftlich breite Debatte und Dialog aller Beteiligten statt gesetzgeberischer Schnellschuss

Antragsteller: Kreisverband Frankfurt am Main

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Hessen fordert die Abschaffung des Gesetzes zur Verbesserung der
- 2 Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken und bittet alle Mandatsträger der
- 3 Freien Demokraten in diesem Sinne tätig zu werden.

Begründung:

Freie Demokraten wollen auch im Netz eine offene, faire und gesellschaftlich breite Debatte, weil sich politische Kommunikation und Alltag mehr und mehr dort abspielen. Dabei ist das Netz kein rechtsfreier Raum - alle Regeln unseres Rechtsstaates sind auch hier durchzusetzen.

Meinungsfreiheit ist ein unverzichtbarer Kernpfeiler unseres demokratischen Rechtsstaates. Jenseits strafrechtlich relevanter Grenzen müssen wir unangenehme Beiträge deshalb aushalten. Die Entscheidung darüber, ob eine Meinungsäußerung strafrechtlich relevant und daher zu löschen ist oder ob sie noch von der freien Meinungsäußerung gedeckt und daher auszuhalten ist, darf jedoch nicht privatisiert werden. Vielmehr sind die Justizbehörden so auszustatten, dass sie schnell und wirksam auf Strafrechtsverstöße reagieren können. Denn durch eine zeitnahe Verurteilung wird der Betroffene eher davon abgehalten, erneut ausfällig zu werden.